

Produktgruppe Justizariat

Die Zielsetzung der Produktgruppe Justizariat besteht darin, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen, Konflikte zu lösen und sowohl die zentrale Rechtsausübung als auch die Durchsetzung kommunaler Interessen sicherzustellen.

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen

Auch 2012 beriet die OE Recht Politik und Verwaltungsspitze (rechts-)strategisch. Sie unterstützte die Dezernate bei der Entwicklung und Ausgestaltung gesamtstädtischer Konzepte, hierunter die folgenden:

- Das Verfahren zur Entwicklung der nördlichen Innenstadt begleitete die OE Recht auch 2012 umfassend. Insbesondere in vergabe- und vertragsrechtlichen Fragestellungen, aber auch im Hinblick auf rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung beriet die OE Recht intensiv.
- In die rechtlichen Aspekte rund um den Aus- und Neubau der Rheintalbahn ist die OE Recht eingebunden.
- Die OE Recht begleitet rechtsberatend die Entwicklung des Sanierungsgebietes Mühlbach und die Verhandlungen der abzuschließenden Verträge.
- Ebenfalls rechtsberatend, insbesondere in Fragen der Vertragsgestaltungen, ist die OE Recht in den Prozess „Entwicklungskonzept Innenstadt“ eingebunden.

Rechtsservice für Fachbereiche:

Die OE Recht führte 2012 als Bevollmächtigte der Stadt Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten, den Zivilgerichten, den Arbeitsgerichten und der Vergabekammer. Zudem koordinierte sie die Beauftragung von Kanzleien und die städtische Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten.

Für die Fachbereiche ist die OE Recht Ansprechpartnerin in rechtlichen Belangen. So berät sie die jeweiligen Abteilungen in wöchentlichen Jour Fixes insbesondere zu Fragen des Baurechts, des allgemeinen Ordnungsrechts, des Versammlungsrechts sowie des Gewerberechts. Darüber hinaus bearbeitet sie arbeits- und disziplinarrechtliche Problemstellungen, prüft gaststätten-, straßen- sowie waffenrechtliche Sachverhalte und

bearbeitet allgemeine zivilrechtliche Fragestellungen, z.B. aus dem Miet-, Haftungs- oder allgemeinen Vertragsrecht.

Bei der Bearbeitung von Satzungen und Verordnungen wird die OE Recht frühzeitig begleitend eingebunden und prüft den Text abschließend rechtlich.

Darüber hinaus unterstützt die OE Recht durch die Organisation interner Schulungen die rechtliche Sicherheit bei der Verwaltungsarbeit. So wurde 2012 eine interne Schulung im Arbeitsrecht durchgeführt.

Auch für die TBO und den AZV, den sie ebenfalls gerichtlich vertritt, wird die OE Recht rechtlich beratend tätig.

Datenschutz:

2012 wurde der Datenschutz als zusätzliche Aufgabe organisatorisch bei der OE Recht angesiedelt.

Der behördlichen Datenschutzbeauftragten obliegt es, einerseits die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes sicherzustellen und andererseits als Servicestelle für die Fachbereiche und die einzelnen Beschäftigten deren datenschutzrechtliche Fragestellungen zu bearbeiten. Sie nimmt, bezogen auf städtisches Handeln, auch Anliegen der Bürger im Zusammenhang mit datenschutzrechtlichen Fragen entgegen, prüft und beantwortet diese.

So war sie 2012 insbesondere mit Fragen aus dem Personal- und Meldewesen sowie der innerbehördlichen Organisation betraut.

Sonstiges:

Bei der OE Recht organisatorisch eingegliedert ist die Beschwerdestelle nach dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz). Diese prüft Beschwerden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund der im AGG genannten Gründe benachteiligt fühlen.

Die OE Recht ist für das Stellen von Strafanzeigen und Strafanträgen zuständig.

Als Koordinationsstelle der Lenkungsgruppe zeichnet die OE Recht für die Außerdarstellung der Kommunalen Kriminalprävention verantwortlich.